

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Herausgeber: Zürcher Institut für interreligiösen Dialog
Band: 6 (1950)

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umschau

Vom 24.—26. Juli hat die europäische Sektion des I. M. C.'s Committee on the Christian Approach to the Jews in Baarn (Holland) ihre ordentliche Jahresversammlung abgehalten.

Die Synode der Bekennenden Kirche in Deutschland, die in Berlin tagte, veröffentlichte folgende Entschließung gegen den Antisemitismus:

„Wir glauben an den Herrn und Gott, der als Mensch dem Volke Israel entstammt. Wir glauben an die Kirche, die aus Christen mit jüdischem und Christen mit heidnischem Ursprung zusammengesetzt ist. Wir glauben, daß das Versprechen Gottes an das Volk Israel auch nach der Kreuzigung von Jesus Christus in Kraft blieb. Wir erklären, daß wir durch Unterlassen und Stillschweigen vor dem barmherzigen Gott Komplizen des von Angehörigen unseres Volkes gegen die Juden begangenen Frevels geworden sind. Wir warnen alle Christen vor der Absicht, das von uns gegenüber den Juden begangene Unrecht mit den Leiden zu vergleichen, die uns Deutschen durch Urteil Gottes auferlegt wurden. Wir bitten alle Christen, sich jeder Art von Antisemitismus zu enthalten, ihm dort zu widerstehen, wo er sich von neuem regt, und sich gegenüber den Juden und den getauften Juden brüderlich zu verhalten. Wir bitten die christlichen Gemeinden, die jüdischen Friedhöfe ihres Gebietes unter ihren Schutz zu nehmen, wo es bis jetzt noch nicht geschah. Wir bitten Gott den Herrn, daß er den Tag der Erfüllung herbeiführe, bei dem wir mit dem geretteten Judentum den Sieg von Jesus Christus begehen können.“

Von Seiten der „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“ sind der Palästina-Schlichtungskommission drei Minimalbedingungen vorgeschlagen wor-

den, die in jedem Plan für eine Internationalisierung Jerusalems erfüllt sein sollten. Diese Bedingungen verlangen eine ausdrückliche Garantie dafür, daß die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten, insbesondere die Glaubensfreiheit, jedem zugesichert werde, daß der Schutz der heiligen Stätten, der kirchlichen Gebäude usw. in Palästina als Ausdruck der internationalen Verantwortung übernommen wird, daß alles in Palästina befindliche Kirchen- und Missionseigentum, das von Juden oder Arabern beschlagnahmt wurde, zurückzuerstatten ist.

Die Regierung Israels hat sich in einer Antwortnote, die an die schwedische Regierung gerichtet ist, mit den Beschuldigungen befaßt, die Ermordung von Graf Bernadotte hätte bei Anwendung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vermieden werden können und die Fahndung nach den Mördern sei nicht entschlossen genug geführt worden. Die Regierung Israels gibt zu, in beiden Punkten seien Untlassungssünden begangen worden. Die schwedische Regierung reagierte mit der Erklärung, sie nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Regierung Israels die Mängel des ursprünglichen Polizeiberichtes anerkenne und bedaure. Sie betrachte damit den Gedankenaustausch über diese Angelegenheit als abgeschlossen.

Am 11. April ist in Israel der Grundstein für ein Pestalozzi-Dorf gelegt worden. Es soll den Namen „Kiryat Jaarim“ bekommen. 80 Kinder sollen hier aufgenommen werden, die Anpassungsschwierigkeiten haben.

Am Gedenktag zum Tode Herzls hielt die Knesseth eine Sondersitzung ab. Es wurde ein Gesetz behandelt und angenommen, das

im Sinne Herzls jedem Juden die Einwanderung in Israel gestattet.

Der Oberrabbiner der jüdischen Gemeinden in Belgisch-Kongo traf in Jerusalem ein, um die Genehmigung des Oberrabbiners in Basel für die Aufnahme von einigen hundert Negern, die zum Judentum überzutreten wünschen, zu erlangen.

Bundeskanzler *Dr. Adenauer* verurteilte die Entweihung jüdischer Friedhöfe und verlangte, daß alle Deutschen sich gegen solche Manifestationen erheben sollten. In Berlin empfing er eine jüdische Delegation, der er die Versicherung abgab, daß die Regierung in Bonn Maßnahmen gegen einen neuen Antisemitismus treffen werde.

Das bekannte *Ohel-Theater* aus Tel-Aviv hat in der Schweiz auf einer Europa-Tournée mehrere Gastvorstellungen gegeben.

Das israelitische Wochenblatt der Schweiz referiert über den Aufbau der diplomatischen Vertretungen Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg folgendermaßen: „Daß die deutsche Diplomatie von zahlreichen Bewunderern Hitlers durchsetzt ist, wird nun auch von den zuständigen Stellen in Bonn zugegeben. Es heißt, daß nicht genügend andere Leute für diese Stellen im Auslande verfügbar seien. In London wurde ein deutsches Konsulat errichtet, das von *Schlange-Schöningen* geleitet wird. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine Gesandtschaft mit einem großen Apparat. Zum Vizekonsul wurde Herr *Wurmann* ernannt, der sofort nach seiner Bestellung ein Interview gab, in welchem er erklärte, daß Hitlers Auftreten durchaus gerechtfertigt gewesen sei. In 50 Jahren werde man es besser verstehen, daß Hitler mit seiner Behandlung der Judenfrage Recht hatte. Der Board of Deputies in London nahm zu dieser Äußerung sofort Stellung und verlangte die Abberufung. *Schlange-*

Schöningen meinte hierauf, die Ernennung *Wurmanns* sei noch gar nicht vollzogen, er werde bestimmt nicht nach London kommen“.

In Essen wurde zum dritten Mal der *Davidstern* von der Synagoge abgerissen. Die Behörden haben zur Ergreifung der Täter eine Belohnung von DM 1000.— ausgesetzt.

Die evangelischen Studenten der Technischen Hochschule und der Humboldt-Universität in Berlin haben an die jüdische Gemeinde Briefe gerichtet, in denen sie sich bereit erklären, für die Juden einzutreten. Sie wollen bei der *Instandstellung* der jüdischen Friedhöfe mithelfen, jüdische Studenten unterstützen oder sonst im Rahmen ihrer Möglichkeiten mithelfen, das Unrecht wieder gutzumachen. Sie erwarten Vorschläge, wie der Weg zueinander wieder gefunden werden kann. Die beiden Briefe haben auf die Mitglieder der jüdischen Gemeinde einen tiefen Eindruck gemacht.

Der amerikanische Hochkommissar *McCloy* forderte in einer Rede das deutsche Volk auf, die Juden für die Judenverfolgungen in der Vergangenheit zu entschädigen.

Im *Korea-Konflikt* hat die Regierung Israels dem Sicherheitsrat der UNO seine Unterstützung zugesichert. Diese Haltung fand freilich nicht die Zustimmung aller Parteien des jungen Staates. Von Seiten der Mapam wird behauptet, diese Stellungnahme der Regierung sei auf starken amerikanischen Druck hin zustande gekommen. Bisher versuchte Israel, eine neutrale Haltung im West-Ost-Konflikt einzunehmen.

Nach dreijährigen Verhandlungen hat die österreichische Regierung der jüdischen Gemeinde in Wien eine Vorauszahlung von 5 Millionen Schilling auf Konto der erblosen jüdischen Vermögen überwiesen.

Robert Brunner.